



## Im Salzstock nichts Neues ... oder doch?

**Aktuelle Greenpeace-Studie zu Erdgas- und Kohlenwasserstoffvorkommen belegt, dass seitens der Befürworter die Erkenntnisse über und Risiken von Gasvorkommen ignoriert oder verharmlost werden.**

Gas im Gorlebener Salz deutet auf Kontakt zu Nebengesteinen hin, könnte die Barrierewirkung des Salzes reduzieren sowie die Standsicherheit des Bergwerkes und des Endlagers in Frage stellen.

Die im Auftrag von Greenpeace durch den Kieler Geologen Ulrich Schneider verfasste Literaturstudie stellt das Wissen über die Gasvorkommen in der Salzstruktur Gorleben-Rambow zusammen. Aber, Gorleben-Rambow ist kein Einzelfall, sondern die Regel. Gas tritt in allen Salzstöcken auf – in unterschiedlichen Konzentrationen. Somit sind die Erfahrungen in verschiedenen Salzstöcken durchaus übertragbar.

Salzminerale haben die Eigenschaft, Gase aufnehmen und speichern zu können – entweder im Kristallgitter selbst oder an den Grenzen der Körner. Es handelt sich dabei um Methan, Stickstoff, Kohlendioxid, Sauerstoff und andere Kohlenwasserstoffe – in wechselnden Verhältnissen. Jedes Gasvorkommen hat so seinen eigenen Fingerabdruck. Mit diesem Fingerabdruck kann die Herkunft des Gases im Salz eindeutig bestimmt werden, auch wenn das Gas aus verschiedenen Quellen stammt. Bei der Mischung mit Luft ist dieses Gas brennbar – siehe Lenzen 1969 oder explosiv. Weil dieses Problem manchmal nicht in den Griff zu bekommen sind, werden Salzbergwerke aufgegeben.

Das Gas im Salz mit seinen Problemen ist einer der Gründe, warum international keine anderes Land HAW im Salz lagern will. Und entsprechende Bemühungen eingestellt wurde (Niederlande z.B.)! Ist unser Land da vielbeschworene Weltspitze? Oder ...?

Das Gas steht unter einem hohen Druck durch die auflastenden Gesteine. Wird nun dieser Druck lokal entfernt – wie beim Auffahren eines Bergwerkes – entweicht das Gas – langsam oder schlagartig explosiv. Wenn das Gas entweicht, bilden sich winzigste Risse ‚micro cracks‘, auf denen sich das Gas bewegen kann. Damit verliert das Salz seine Festigkeit. Unter Umständen wird das Salz pulverisiert, das Gas tritt explosiv aus und verursacht

eine hochgefährliche Salzstaubwolke. Ein Vorgang, der auch beim Abteufen des Schachtes in Gorleben auftrat.

Heute weiß kein Mensch, wie weit diese Risikobildung, und damit der Verlust der Festigkeit und damit die Wegsamkeit in das „gesunde“ Salz reichen. Denn für Gase und Flüssigkeiten gilt, das ein Transport in alle Richtungen möglich ist – wenn denn Wegsamkeiten vorhanden sind, auch und vor allem nach oben, dem Gebirgsdruck ausweichend. Und da fehlt das dichtende Deckgebirge!

Bereits bei den Vorerkundungen führte der Gasgehalt des Salzstocks bei Bohrungen zu Gasaustritten – auf die man damals nicht vorbereitet war und die bis heute nicht ausreichend berücksichtigt wurden!

Gas hat die Eigenschaft, sich bei Erwärmung stark auszudehnen, einen starken Druck aufzubauen und sich dann durch die entstehenden ‚micro cracks‘ zu verflüchtigen, mit allem was sich bis dahin im Gas angereichert hat. Salz wird durchlässig – und verliert damit einen Teil seiner mechanischen Festigkeit. Der HAW wird das Salz auf bis zu 200 °C stark erwärmen.

Keiner kann heute mit Sicherheit sagen, wie weit dieser Einfluss des HAW reichen wird. Sind es Zentimeter, oder einige hundert Meter?

Wie kommt das Erdgas in das Salz? Laut Befürworter entsteht es aus den Überresten von bei der Bildung der Salzgesteine eingelagerten Pflanzen und Tierresten. Damit wäre klar, dass kein Kontakt zu Nachbargesteinen besteht. Erdgas entsteht aber auch im Nebengestein, z.B. dem unterlagernden Karbon, sammelt sich in porösen Gesteinen, z.B. Sandstein oder dem basalen Anhydrit – und wird in der benachbarten Altmark gefördert. Neuere Untersuchungen deuten an, dass dieses Erdgas auch in das Gorlebener Salz diffundiert ist. Damit ist die Dichtigkeit und damit die Barrierewirkung des Salzes in Frage gestellt. Warum sollten sonst kommerzielle Erkundungsbohrungen durchgeführt werden? (GDF in Wustrow, VEB Grimmen in Lenzen).

Salzstöcke entstehen nicht von alleine, sie brauchen einen „Anschub“ durch tektonische Bewegungen – Bewegungen von großen Gesteinblöcken gegeneinander. Dadurch entstehen Risse im Salz und den Nebengesteinen - Mikrorisse und auch größere Risse, die

Erdgas und Flüssigkeiten mit allen Inhaltsstoffen die Möglichkeit zum Wandern geben. Niemand kann sicherstellen, dass diese für die Salzstruktur Gorleben-Rambow bekannten Strukturen tatsächlich zur Ruhe gekommen sind. ...

- Welche Rolle spielen dabei die bekannten Erdfälle und die zahlreichen Bohrungen durch das Deckgebirge?
- Welche Rolle spielen die bekannten Gas- und Laugenaustritte, die offenen Risse und Klüfte in den Schachtvorbahrungen 5001 und 5002 und im Bergwerk?
- Warum hat man die bereits bei der Gorleben-Entscheidung 1977 als problematisch bekannten Gasvorkommen bis heute ignoriert oder verharmlost?

Fachleute wissen, dass bei der Zufuhr von Energie – Wärme, elektrische Energie, chemische Konzentrationsunterschiede, Dichteunterschiede - Transportvorgänge in Gang gesetzt werden, und u.a. durch Selbstorganisation neue Strukturen mit unbekanntem Eigenschaften entstehen. Dieses ist auch in geologischen Strukturen nachgewiesen. Im Zusammenhang mit Salzgesteinen steckt diese Diskussion und entsprechende Untersuchungen – wenn überhaupt – in den Kinderschuhen

Diese Fragen - und andere - werden die Betreiber beantworten und die Antworten begründen müssen – ein schwieriges Unterfangen, wenn man dieses Wissen in den aktuellen Standortbeschreibungen ignoriert hat.

Nach Matthias Edler – Atomexperte von Greenpeace - räumt die Studie „auch mit dem bis heute vertretenen Märchen auf, Salz als Wirtsgestein sei aufgrund seiner Fließfähigkeit (Konvergenz) undurchlässig für Wasser, Gase und Radionuklide. ... Die Aufgabe des Standortes Gorleben ist die einzige Möglichkeit für einen Neuanfang in der Debatte ‚Wohin mit dem Atommüll?‘. Danach gehören alle Entscheidungen, die in den vergangenen 50 Jahren zur Endlagerung getroffen wurden, auf den Prüfstand: Vom Wirtsgestein über die Frage der Rückholbarkeit und den Verzicht auf eine vergleichende Suche an mehreren Standorten bis hin zur Festlegung auf die tiefengeologische Lagerung. Einen Schnellschuss wie in Gorleben darf es in dieser für Natur und Mensch überlebenswichtigen Frage nie wieder geben.“

Dr. Walter Radebold

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelde Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierete radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

# Gorleben Monolog oder Dialog?

**Unverdrossen wirbt Bundesumweltminister Norbert Röttgen für seinen "Gorleben-Dialog". Auf der Internet-Seite seines Ministeriums spricht er in einem inszenierten Interview davon, dass der "Gorleben-Dialog" ein "Testfall für unsere demokratische Fähigkeit" sei, mit solch extrem schwierigen Themen wie der Atommüll-Endlagerung umzugehen. In Hitzacker, vor dem Kreistag, wiederholte er diese These.**

Den Demokratie-Test hatte "Muttis Bester" schon verrätzt, als er ohne vorherigen Dialog mit den Grundeignern, den kommunalen Vertretern und den Bürgerinitiativen grünes Licht für den weiteren Ausbau des Endlagerbergwerks gab. Röttgen hätte es frei gestanden, ein vergleichendes Verfahren bei der Standortsuche einzuleiten. Ihm hätte wahrscheinlich nicht frei gestanden, Lobbypolitik gut zu heißen und der Laufzeitverlängerung zuzustimmen. Wie viel Freiheit hat ein Minister, in dessen Ressort es fällt, die Profitinteressen der vier großen Stromkonzerne zu wahren?

Doch was das Endlagerdilemma angeht, da überstürzten sich die Ereignisse. Die Asse II havariert, Morsleben droht einzustürzen, und dank der Informationen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben und der Akteneinsicht, die nun möglich ist, weiß man, dass es eine Festlegung auf Gorleben von Anfang an gegeben habe und dass die ungünstige Geologie systematisch vertuscht wurde. Deshalb ist die Position der Gorleben-Gegner in und außerhalb der Parlamente klar: "Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte." Eindrucksvoll wurde vor und während des Röttgen-Besuchs der Schulterschluss zwischen Bäuerlicher Notgemeinschaft, Bürgerinitiative und den Parlamentariern der Gruppe X demonstriert.

Besonders empört sind wir über den "Ministersprech" zu Fragen der Verantwortung. Röttgen sagte in dem gestellten Interview, es gehe um die Übernahme von Verantwortung aus vergangenem Tun, der Nutzung der Kernenergie. Diese habe stattgefunden, finde statt und produziere Müll. "Wir können vor den Folgen des eigenen Tuns nicht weglaufen", sagte Röttgen. – Das ist frech, denn mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verschärft er selbst den Druck und will uns die Verantwortung für das verantwortungslose Handeln aufbürden.

Röttgen musste nun auf dem Weg zur Kreistagsitzung Spießruten laufen, 80 Traktoren, Transparente, Sprechchöre "Abschalten, Abschalten" säumten seinen Weg. Drinnen musste er sich unter anderem Folgendes anhören:

### Institutionelle Gewalt und langer Atem

Bereits 1977 galt der Salzstock Gorleben aus Sicht der Landesregierung Niedersachsens und die Antragsteller für die Einlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle als geeignet, im Mai 1979 war in einer Regierungserklärung Ernst Albrechts (MP – CDU) auch schon von hochradioaktiven Abfällen die Rede. Am 28. Juli 1977 beantragte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) gemäß § 9b Atomgesetz die "Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für ein Bergwerk von schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfällen".

Die PTB hatte also am Anfang durchaus vor, ihr Endlager formal rechtmäßig zu errichten. Beigefügt war ein

Anlagenkonzept, daraus geht der Plan hervor, zunächst ein Bergwerk zur Einlagerung leicht- und mittelaktiver Abfälle zu genehmigen.

"Da ausreichende Standortdaten in Gorleben bisher nicht ermittelt werden konnten, werden diese Unterlagen keine standortspezifischen Angaben enthalten. Ich werde aber umgehend das Erforderliche veranlassen, um standortspezifische Daten nachreichen zu können..."

Stück für Stück, scheinbarweise sollte Gorleben realisiert und die Öffentlichkeit eingelullt werden, von Ergebnisoffenheit keine Spur.

Schließlich verkündete die PTB in ihrem Infoblatt aus dem Januar 1980, dass die Eignung des Salzstocks für schwach- und mittelaktive Abfälle erwiesen sei – von Ergebnisoffenheit keine Spur, die Festlegung auf Gorleben aber wird manifest.

Quelle: Der Gorleben-Komplex, Hrsg. Niedersächsisches Umweltministerium Januar 1996

Die PTB beantragt am 14.4.1982 den Rahmenbetriebsplan, der wird am 9.9.1983 zugelassen. Das Ende der Erkundung sahen die Antragsteller für "voraussichtlich im Jahr 1992" vor.

Quelle: R. Remo Klingner, Rechtsgutachten vom 8.9.2009, erstellt im Auftrag des BfS

Die Fortschreibung des veralteten Rahmenbetriebsplans, dessen "Lenkungswirkung" laut Klingner-Gutachten verbraucht ist, durch Sie, Herr Minister, ist ein Affront – und eine Steilvorlage für eine erfolgreiche Klage. Dafür danke! Fortgeschrieben wird durch Sie auch der zutiefst undemokratische Ansatz, die formalrechtliche Mitwirkung zu verhindern. Das ist für uns ein Ausdruck institutioneller Gewalt!

Wir sind stolz darauf, dass wir dieser Gewalt, vielfacher und zum Teil völlig unverhältnismäßiger polizeilicher Gewalt bei den ungezählten Demonstrationen und Aktionen in den 34 Jahren Widerstandsgeschichte, dem Verhöhnern und den Beschimpfungen – Innenminister Kanther nannte uns "drecksiges Pack" – nicht mit Gewalt, sondern mit unserem Lachen begegnet sind.

1992 – Abschluss der Erkundung, so lautete die Prognose. Jetzt sind wir im Jahr 2011, für Sie, Herr Röttgen stehen wir am Anfang des Prozesses, nein, wir stehen am Ende des Prozesses. 34 Jahre lang schon führen wir einen zähen Kampf für eine strahlenfreie Zukunft und gegen Gorleben, um Transparenz, immer wollten wir die Wahrheit wissen, die unter Verschluss gehalten wurde. "Vertraulich" steht auf den Papieren, die uns erst zugespielt wurden, die wir heute einsehen können, weil unser Engagement die 30 Jahre Geheimhaltungspflicht und Geheimtuerie dem Volk gegenüber überdauert haben.

Der lange Atem, Protest und Widerstand, Prozesse und Akteneinsicht und manch eine Indiskretion, Hinweise von "Geheimnisträgern", die ein Gewissen zwackte, machten es möglich, Schritt für Schritt aufzudecken, bis hin zur Gewissheit, dass Gorleben von Anfang als Endlager geplant und ausgebaut werden sollte und dass mit jedem Erkundungsschritt in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre wie auch in der Phase des Schachtbaufens die Zweifel an der Eignung wuchsen, bis hin zur Gewissheit, dass aus geologischer Sicht Gorleben ungeeignet ist.

Nun bieten Sie den Dialog. Herr Röttgen, es gibt nichts Richtiges im Falschen. Blockaden aber, das haben

wir gelernt, bergen große Chancen – die der Umkehr. Die WAA wurde nicht gebaut, sie war nie entsorgungspolitisch von Interesse, sondern eine zivil – militärische Anlage. Der Schnelle Brüter in Kalkar ist ein Freizeitparadies, die Einlagerung der Castor-Behälter wurde über 10 Jahre verzögert, der ursprünglich geplante Ausbau des Atomprogramms gestoppt, der Siegeszug der Regenerativen wird nicht zu stoppen

sein, und Gorleben wird nicht zu retten sein. Deshalb reden wir, führen den Dialog mit den Kräften, die nach einem schwarz-gelben Zwischenspiel den Rückbau Gorlebens zu bewerkstelligen haben. Ihr Bemühen geht ins Leere, ein Wimpernschlag der Geschichte, denn wir schreiben Geschichte. Gorleben wird leben!

**Atomkraft – Nein danke!**

Wolfgang Ehmke

#### Mathias Edler über Gasfunde im Salzstock

„Welche Beweise braucht Röttgen noch, um zu erkennen, dass er Gorleben als Endlager aufgeben muss?“, sagt Mathias Edler, Atomexperte bei Greenpeace. „Die internen Analysen belegen: Es gab in der

Vergangenheit Wege für das Gas in den Salzstock und damit kann es auch in Zukunft über diese Risse und Klüfte zu Wanderungen von Gas, Wasser oder Radionukliden kommen.“

#### Der Surftipp

Mit der Internetseite "The Nuclear Waste Riddle" unter [www.nuclear-waste.eu](http://www.nuclear-waste.eu) präsentieren die Grünen im Europäischen Parlament die bisher umfassendste Übersicht zum Umgang mit Atommüll in der EU.

Die Seite bietet auf der Grundlage einer vom Atomenergie-Experten Wolfgang Neumann (intac) erstellten Studie einen Überblick über den Stand der Atommüllentsorgung. Es zeigt sich: Weder in Europa, noch in den USA oder in Russland wird verantwortungsvoll mit dem strahlenden Erbe umgegangen.

die redaktion



#### Standortbenennung Gorlebens vor 34 Jahren:

#### 34 Jahre Lug und Trug – 34 Jahre Protest und Widerstand

#### BI Umweltschutz sieht den Bürgerprotest an der Schwelle zu einem großen Erfolg

Am 22. Februar 1977 wurde der Standort Gorleben – als Nukleares Entsorgungszentrum – per Fingerzeig vom damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) benannt. Ausschlaggebend war nicht die zweifelhafte Geologie, sondern die Tatsache, dass ein Areal von 12 Quadratkilometern für den Bau eines Nuklearen Entsorgungszentrums gegeben schien. Die Absicht, in Gorleben – dann in einem zweiten Anlauf in Dragahn – eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten, scheiterte am breiten außerparlamentarischen Massenprotest, die Projekte wurden politisch fallen gelassen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) wurde Anfang März 1977 gegründet und organisierte am 12. März eine erste Großkundgebung mit rund 16.000 Teilnehmern. Fast 50.000 Menschen demonstrierten im November 2010 im Wendland für den Atomausstieg, gegen Castor-Transporte und gegen die Aufhebung des Moratoriums in Gorleben, wo ein Atommüllendlager unter der Etikette "Erkundungsbergwerk" unter Umgehung demokratischer Spielregeln vorbei am Atomrecht errichtet wird.

Bereits 1977 rollten die Trecker – heute engagieren sich die Bäuerliche Notgemeinschaft und die BI im Schulterschluss und sehen den Bürgerprotest an der Schwelle zu einem späten großen Erfolg. "Schon 1992 sollte die sogenannte Erkundung abgeschlossen werden, der lange Atem der Menschen, die sich im Wend-

land und bundesweit gegen Gorleben und für den Erneuerbaren Energien engagieren, hat es möglich gemacht, dass alle Schwachstellen des Salzstocks und der ganze Lug und Trug um die Standortbenennung offen sichtlich wird, weil die Akten nicht mehr unter Verschluss gehalten werden können", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Die Gorleben-Gegner geben sich siegesbewusst: "Wir stehen an der Schwelle zu einem großen Erfolg: Gorleben ist politisch und geologisch verbrannt, da wird auch die Charme-Offensive des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU) nichts dran ändern können." Die Gorleben-Gegner werden nicht nachlassen, ihren Sachverstand in die Debatte um die nukleare Entsorgung einzubringen, allerdings nicht im Rahmen des "Gorleben-Dialogs", der übertünchen soll, dass es in 34 Jahren keine formalen Beteiligungs- und Klagerechte für die Öffentlichkeit gegeben hat." Gorleben gehöre auf den Misthaufen der Nukleargeschichte, der Dialog sei überflüssig wie ein Kropf.

Die BI-Vorsitzende Kerstin Rudek kündigte an: "Wir engagieren uns weiterhin auch bundesweit für den sofortigen Atomausstieg, bei der Menschenkette im März in Baden-Württemberg und am 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Im Herbst 2011 setzen wir das nächste Ausrufezeichen beim 13. Castor-Transport, solange bis das Ende von Gorleben eingetütet ist".

Wolfgang Ehmke

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 oft 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 102 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

#### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

#### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wasser einbrüche beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

# Die PrigNIXer/innen sind endlich beim Castorprotest dabei!

**Unser erst am 18. Januar 2011 gebildetes Netzwerk hat seine erste Bewährungsprobe bestanden. Der Februar-Terminkalender war gut gefüllt: 9.2. „4-Länder-Aktion“ mit Übergabe eines Aufrufes an den Wittenberger Bürgermeister sich unserer PrigNIX-Gruppe anzuschließen.**

12.2. Streckenaktionstag! Für uns die Gelegenheit Aufmerksamkeit zu bewirken, Kreuze für das Stadtbild anzufertigen, Infos zu verteilen, Leute gezielt anzusprechen. Wittenberge sollte stellvertretend für die Prignitz Castor stoppende Zeichen setzen. Über den bevorstehenden Transport und die Folgen von Laufzeitverlängerung sowie fehlende Endlagerstätten kamen wir auch mit Fahrgästen der DB am Bahnhof Wittenberge ins Gespräch... Nun standen fast täglich Infos in den regionalen Tageszeitungen, Sender des regionalen Fernsehen und des Rundfunks berichteten über das Thema Laufzeitverlängerung, ungewisse Endlagerung und über die Aktivitäten von PrigNIX. Der 14.2. war natürlich fester Bestandteil unserer Terminkette zum bevorstehenden Castortransport. Mit einer PrigNIX-Fahrergemeinschaft ging es natürlich zum Verdo nach Hitzacker. Im Schlepptau eine Beauftragte des Wittenberger Bürgermeisters. Sie sollte sich über dieses „Dialogangebot“ von Herrn Röttgen informieren und in der Stadtverwaltung später darüber berichten. Aber was sollte sie eigentlich berichten? Röttgens alte Plattheiten?

Um auch im Wendland Flagge zu zeigen, wurden in den Nächten zuvor PrigNIX-Anti-Atom-Button und diverse Plakate angefertigt. Natürlich ließen wir es uns nicht nehmen, Herrn Röttgen mit unserer PrigNIX-Sirene in Hitzacker zu empfangen. Unseren Button haben wir auch gleich vor Ort an diverse Bl-Mitstreiter/innen verteilt. Wir haben schließlich durch Vorstandsmitglieder wie Gerhard Has und andere sehr viel inhaltliche und praktische Hilfe für unseren Start erhalten. Auch der Brückenschlag zur Gruppe um Ludger Klus in Ludwigslust war wichtig für die Planung gemeinsamer Aktionen. Am frühen Abend dieses Tages führten wir noch eine Andacht direkt an den Gleisen der Castortrasse durch. Versehentlich hatten wir in der Öffentlichkeit verbreitet, dass wir uns an einer bestimmten Stelle der Gleise treffen... Die Polizei hat das genutzt um dort vor Ort zu sein. Intern war eine Mail gesendet worden. Diese hatte genau die andere Gleisseite als Treffpunkt benannt. Das fanden die „Beschützer“ wohl nicht wirklich nett von uns. Sie mussten deshalb über den Außenring der Stadt, um dann auf unserer Seite zu erscheinen. Unverschämte fanden wir wiederum, das Aufgebot von Polizei in Uniform und in zivil! Es war schließlich eine Andacht! Während dieser Zeit der Andacht

haben einige andere Aktive die Strecke an den Gleisen mit gelben „Atom-Wimpeln“ und Plakaten versehen. Bis gegen Mitternacht blieben sie dort auch hängen. Am Morgen war zumindest der Teil entfernt worden, der die Prignitzer/innen zum Widerstand aufgerufen hatte. Es wurde Anzeige wegen Diebstahl und unbefugtem Betreten des Kirchengeländes erstattet. Die Frage der Polizei wer denn in Verdacht stehen würde, wurde klar beantwortet: Die Bundespolizei! Das empfand man in der Polizeidienststelle als Unverschämtheit. Aber wir hatten unsere Erfahrungen. Bisher waren es Bundespolizisten, die ohne Beschlagnahmeprotokoll in unserer Gegenwart Plakate abgerissen und ungefragt beschlagnahmt haben... Das war beim Castortransport am 16. Dezember letzten Jahres.

Dann der Tag X: 16.2.2011! Zum ersten Mal ein großes Zelt mit Anti-Castor-Symbolen und das direkt am Bahnhof, wo der unerwünschte Gast mit seiner tödlichen Fracht durchrauschen sollte. Unser Aktionsbündnis hat sich intensiv auf diesen Tag, unsere erste gemeinsame Dauermahnwache, vorbereitet.

Gleich zu Beginn, wir hatten gerade mit dem Zeltaufbau begonnen, meinten Vertreter der Bundespolizei, dass wir hier nicht stehen dürfen. Das hat uns wenig beeindruckt, denn die Fläche, auf der früher mal Gleise lagen, ist inzwischen Eigentum der Kommune und die hat uns diesen Platz zur Verfügung gestellt! Keine Chance uns wegzudrängen!

Ab 10.00 Uhr hieß es Castor-Ticker an und sich vorbereiten. Im Gegensatz zum Castortransport vom 16.12.2010 schien deutlich weniger Polizei im Einsatz zu sein. Kein Wunder, beim letzten Transport lief ich stundenlang allein mit den Journalist/innen durch das nächtliche Wittenberge... Die haben wohl auch diesmal „geringen Raumwiderstand“ vermuttert.

Um noch Menschen zu motivieren, sich unserer Mahnwache anzuschließen, wurde ab 16.00 Uhr mit einer kleinen Demo – laut und bunt – geworben. Mit Erfolg! Manche Passanten schlossen sich samt Einkaufsstüte an. Eine gemeinsam gestaltete Ankunft war dann das Auftaktsignal von nun an gemeinsam auf die Stunde X zu warten und die Mahnung sichtbar zu gestalten.

Da der Castorzug bei uns in der Region auf einer ICE Strecke mit diversen Kurven entlang geführt wird, haben wir keine Planungen für direkte Gleisblockaden vorgenommen. Dennoch haben wir die Nacht nicht untätig verbracht. Die Nervosität der Bundespolizei erhöhte sich schlagartig, als wir in der Dämmerung gemeinsam eine Polonaise zum Bahnsteig unternahmen. Ein Ergebnis: Die Landespolizei teilte uns darauf hin mit: „Bitte halten sie sich zurück, die Bundespolizei ist ab der dort befindlichen weißen Linie (wie bezeichnend) zuständig. Sie wünsche nicht, dass diese

Linie übertreten wird... Da unsere Tschernobyl-Plakate und andere Symbole hinter der verbotenen Linie waren, entschieden wir uns nunmehr Teelichter auf die Grenzlinie zu stellen und – es ist ja ein öffentlicher Bahnhof – noch öfter zum Bahnhofskiosk zu gehen, denn der lag auf Bundespolizei-Territorium!

In den Abendstunden wurde auch bekannt, dass der Gleisbereich an dem wir unsere Andacht abgehalten hatten so gut wie ungesichert war. Scheibchenweise begaben wir uns daraufhin zu diesem Gleisbereich. Nur ein Polizeifahrzeug, das lediglich die Scheinwerfer auflodern ließ. Eine kurze Info an weitere Aktivist/innen brachte dann einen schnellen Zulauf. Wir wurden natürlich befragt, was wir an dieser Stelle machen würden. Wir: „Wir haben bei der Andacht einen Schlüssel verloren, den suchen wir jetzt.“ Zwei Polizisten haben daraufhin gemeinsam mit uns die Fläche am Gleis mit der Taschenlampe abgesucht... Leider war unsere Suche irgendwann ergebnislos, so dass wir zu dem Lied „Gott gab uns Atem, damit wir leben...“ im Kreis zu tanzen begannen. Wir zogen uns zurück, da die Uniformierten nun nach und nach ihre Telefone zückten...

Wir entfernten uns, um wenig später an der gegenüberliegenden Seite der Gleisanlage aufzutauchen. Die Irritation bei den bisher gesichteten VIER (!) Polizisten wurde komplett. Einer kam über das ICE-Gleis, während zwei andere bemüht waren einen Scheinwerfer in Stellung zu bringen. Von der Böschung der angrenzenden Brücke der B 189 kamen nun 3 weitere Polizisten hinunter gestolpert. „Hier ist eine Gefahrenstelle, verlassen sie bitte diesen Ort...“ Wir kamen dennoch mit ihnen in ein normales Gespräch. Inzwischen waren auch auf der anderen Gleisseite wieder Aktivist/innen aufgetaucht. Und insgesamt nur max. 6 Polizisten vor Ort. Als ein Schnellzug vorbeirauschte, nutzen einzelne Aktive die Chance, um parallel zu den Gleisen weiterzulaufen... Die Einsatzkräfte waren völlig von der Rolle, denn auch in die entgegengesetzte Richtung machten sich Castorgegner auf den Weg. Sie versuchten offensichtlich Verbindung zur Einsatzleitung zu bekommen: „Scheiße, was soll'n wir denn machen, die laufen hier überall...“ für die wenigen Einsatzkräfte sicherlich eine kurze Stressphase. Als dann erkennbar wurde, dass ein weiteres Polizeifahrzeug anrollte, wurde die Aktion abgebrochen, um nicht abseits zu stehen, wenn der nahende Castorzug durch den Bahnhof fuhr.

Gerade noch rechtzeitig war die Gruppe am Bahnhof Wittenberge. Die Bundespolizei hatte inzwischen die Bahnsteige mit Fahrzeugen und Hundeführern hermetisch abgeriegelt. Und blieb nur Krach zu schlagen, die Sirene anzuschalten und entsprechend dem verabredeten Flash-Mob den Bahnhofsvorplatz rennend zu

verlassen. Erst als der Zug dann weit genug entfernt war, brachten viel noch einmal lautstark ihren Unmut zum Ausdruck.

Das Ganze umsonst gewesen? Nein, wir haben es geschafft endlich medienwirksam auch in der Prignitz Menschen gegen diesen atompolitischen Wahnsinn zu mobilisieren!

Auf der Tagesordnung des nächsten Kreistages steht eine Beschlussvorlage u.a. mit den Forderungen:

Schluss mit Castortransporten, Schluss mit der Erkundung für ein atomares Endlager in Gorleben, sofortige Rücknahme der Laufzeitverlängerung, Ausstieg aus der Atomenergie!

**Es hat sich in den letzten Wochen sehr viel in der Prignitz verändert. Uns ist aber klar: Der Protest geht weiter an der Seite der vielen Anti-Atom-Bündnisse!**

Bärbel Treutler  
Mitinitiatorin von PrigNIX



## Die Castor-Nacht in Lubmin

Es ist 2.00 Uhr nachts. In einer Scheune in Kemnitzerhagen zwischen Greifswald und Lubmin haben sich etwa 50 Personen gesammelt, um sich auf den Weg zur Schiene zu machen. Auch bei den nahe gelegenen Mahnwachen in Kemnitz haben sich Gruppen von etwa 50 und 80 Personen zusammengefunden, um die EWN- Gleise zeitnah zu blockieren.

Um 2.16 ist im Castorticker zu lesen, dass die Mahnwachen in Kemnitz und Kemnitzerhagen von der Polizei umstellt sind. Ein Blick vor das Scheunentor bestätigt diese Ankündigung.

2 lange Leitern werden in der Halle aufgestellt und wie die Lemminge verschwindet eine Person nach der anderen über die etwa 5m hohe Mauer, um in den hinteren Teil der Scheune zu gelangen. Die drei vorne verbleibenden Personen versuchen den Lärmpegel aufrecht zu erhalten. Im hinteren Teil geht derweil der Bewegungsmelder ständig an und aus, nervöse Stille paart sich mit gespannter Erwartung. Vor der Hintertür ist es taghell erleuchtet. Wir warten bis ein Polizeiauto das Wehr verlässt, über das uns der Weg zur Schiene führt. Das Auto fährt weg und es geht los. Unbeirrt über das Wehr und diverse Äcker, niemand hält uns auf, obwohl die Polizei uns bestimmt gesehen hat, oder doch nicht?

Der SMS- Verteiler zeigt an, dass in Kemnitz bereits 20 Menschen auf der Schiene sitzen und auch an einer anderen Stelle haben sich wohl schon etwa 50 Leute versammelt. Wir haben den längsten Weg. Irgendwann werden wir auf der freien Ackerfläche doch von der

Polizei wahrgenommen, doch die Schienen sind jetzt nicht mehr weit. Wir gehen sehr schnell. Eine ältere Frau, die tapfer über die Leiter gestiegen ist, hat sichtlich Probleme mitzukommen. Dann sehen wir von links und rechts Polizeibusse über den Acker vor der Schiene fahren. Einzelne Leute laufen los und so erreichen wir nach und nach die Schiene. Nur etwa 6 Leute schaffen es nicht aufs Gleis, weil sie von der Polizei festgehalten werden. Wir sind jetzt 40 Leute auf der Schiene und verfallen in lauten Jubel. Keiner von uns hat damit gerechnet, dass das so reibungslos funktionieren würde. Jetzt gibt es in Kemnitz auf der Schiene drei Blockaden. Die Stimmung bei uns ist insgesamt sehr entspannt, die Polizei wechselt immer mal wieder ihre Einheiten und fährt Bus um Bus auf, um vor dem Bahndamm unten einen riesigen Kessel aufzubauen, in dem bestimmt 500 Leute Platz hätten. Pro Kopf zählen wir etwa 1,5 Polizeibusse.

Kurz vor 6.00 Uhr erhalten wir die Nachricht, dass alle 40 Menschen von der Mahnwache Brünzow weiter Richtung Zwischenlager vor dem Gleis gekesselt wurden.

Bei der Mahnwache Kemnitz scheint die Polizei eine andere Strategie zu fahren. Immer wieder erreichen uns Meldungen über erhöhte Polizeigewalt: Zerschlagene Nasen und Lippen, wildes Geschupse.

Johannes Heimrath, Abgeordneter in Lassa bei Anklam wurde vorsätzlich von einem Polizisten angegriffen, der ihn zu Boden geworfen hat und ihm ohne Vorwarnung einen Faust-

schlag auf die Nase verpasst hat. Die rohe Gewalt hat wohl auch leider viele Protestierende an diesem Ort zum Rückzug bewegt, nur 20 von 70 Leuten sind hier auf die Schiene gelangt, um dort ihr Versammlungsrecht wahrnehmen zu können.

Trotz wiederholter Verhandlungsversuche werden auch die 6 Leute neben der Schiene bei uns nicht zur Versammlung durchgelassen und somit in ihrem Versammlungsrecht vorsätzlich beschnitten.

Gegen 7.00 Uhr wird schließlich die westlichste Blockade geräumt.

Der SprecherInnenrat bei uns beschließt nach der 3. Aufforderung zu gehen, um sich weiter östlich erneut aufs Gleis zu setzen. Leider gelingt dies jedoch nicht. Die etwa 15 verbliebenen Blockierer sind schnell in der Freiluft- GESA versammelt, während wir die Polizei auf Trab halten, aber immer wieder aggressiv vom Bahndamm geschubst werden. Um 7.51 Uhr fährt der Castor mit Tempo 20 an uns und der Freiluft- GESA vorbei, aus der daraufhin die Leute wieder in die Freiheit entlassen werden.

Um 8.12 Uhr erreicht der Castor schließlich nach etwa 28 Stunden das ZLN mit 7 Stunden Verspätung. Unser Presseteam wird im Auto vor dem EWN- Gelände von der Bundespolizei in Gewahrsam genommen und damit unsere Pressearbeit am Ort des Geschehens absichtlich verhindert.

Nadja Tegtmeyer  
vom Anti-Atom- Bündnis- Nordost

## Mahnwache der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg in Ludwigslust am 16.2.2011

Die ersten AktivistInnen aus dem Aktionsbündnis LWL und der Bürgerinitiative Umweltschutz waren schon ab 10.00 Uhr da um die Mahnwache am BHF LWL aufzubauen. Viele Fahnen, Transparente und Plakate zeigten weiterhin das Anliegen der Mahnwache - Stopp Castor und Für den sofortigen Atomausstieg. Ein Infozelt- und Tisch mit div. Infomaterialien zu den Risiken der Atomnutzung und vor allem zu den Strahlungsrisiken durch den Castor und den damit verbundenen Transporten, wurde unter die Menschen gebracht.

Die verteilten Flugblätter wurden dann auch gerne angenommen und etliche Interessierte versorgten sich gleich mit Fahnen, Buttons und Aufklebern.

Das Stift Bethlehem in direkter Nähe unterstützte die Mahnenden, wie schon beim letzten Transport, und bot Küchen- und Toilettennutzung und vor allem die Möglichkeit sich aufzuwärmen an. Angesichts der Temperaturen einfach wunderbar.

Gegen Mittag wurde es richtig voll als der Autokonvoi, gestartet an der Dömitzer Brücke, mit mehreren schön geschmückten Fahrzeugen

bei der Mahnwache eintraf. Auch die INI 60 war mit einem Plakat anwesend. Auffällig war die Dauerbeobachtung durch Zivis und Staatsschutz sowie wahrscheinlichen Kriprovertretern aus Schwerin, die schon vorab durch Personenkontrollen im Raum LWL aufgefallen waren.

Die Dauerüberwachung des Aktionsbündnisses LWL durch den Staatsschutz, selbst bei simplen Unternehmungen wie einem Infotisch am Markttag, wird vom Bündnis massiv kritisiert. Gemeinsam werden wir das öffentlich machen und dagegen angehen. Die Menschen aus dem Raum LWL erinnert es stark an die damaligen Stasibeobachtungen, das haben sie lange genug erleben und ertragen müssen, doch diese Zeiten sind vorbei und wir werden gemeinsam schauen, das zu unterbinden.

Je näher der Castortransport dem Raum LWL kommt, umso voller wird es bei der Mahnwache. Richtig toll wurde es als plötzlich und überraschend Xamba mit vielen TrommlerInnen aus dem Wendland dazukam und die Mahnwache mit nun ca. 100 Leuten u. etlichen Pressevertretern, richtig in Schwung brachte. Gegen ca. 22.40 Uhr erwarteten wir den Trans-

port in LWL und als er, erkennbar durch die üblicherweise zunehmende Polizeipräsenz und deren Hektik, sowie der Zunahme an Hub-schrauberflügen näher kam, wechselten wir wegen der hohen Strahlenlast alle gemeinsam auf die andere Straßenseite wo weitergetrommelt wurde. Um 22.52 Uhr fuhr er dann auffällig schneller als beim letzten Transport, durch LWL durch. Offensichtlich gelang es 25 AtomkraftgegnerInnen kurz hinter Ludwigslust den Transport von den fünf Castorbehältern mit hochradioaktiven Abfällen auf seiner Fahrt von Karlsruhe in das Zwischenlager Nord bei Lubmin zu blockieren. Mit einem Transparent und Leuchtfackeln gingen sie gegen 23.00 Uhr bei der Ortschaft Rastow auf die Gleise und sorgten für einen 40 minütigen Zwangsstopp. Also alles in allem ein erfolgreicher Tag, der Widerstand vor Ort wird mit jedem Transport weiter wachsen und wir werden beim nächsten mal mit noch mehr Menschen dabei sein. Ein Termin für ein Nachbereitungstreffen steht schon.

**Für den sofortigen Atomausstieg - Stopp aller Castortransporte**

Inge Schnieder

# Erkennungsdienstliche Misshandlung

## Atomkraftgegner müssen zur Polizei

Zwei von fünf Atomkraftgegnern, darunter am Ende auch ein Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), sind jetzt unwiderruflich aufgefordert, sich zu einer "erkennungsdienstlichen Behandlung" einzufinden. Schon Ende September 2010 erging eine erste Aufforderung an die Fünf. Keiner war je rechtskräftig verurteilt worden, bei einem ist ein Ermittlungsverfahren anhängig.

Trotzdem behauptete die Polizei - sicher mit Blick auf den bevorstehenden Castor-Transport -, dass "aus kriminalistischer Sicht von einer großen Rückfallwahrscheinlichkeit auszugehen ist". Der Castor-Transport ist vorbei, die polizeiliche Aufforderung aber blieb bestehen.

Die fünf Betroffenen sollten sich ursprünglich in der Polizeikaserne einfinden, um Finger- und Handkantenabdrücke abzugeben sowie sich im Portrait und im Detail "zum Vermessen von Tätowierungen und anderen Körpermerkmalen wie z.B. Narben" fotografieren zu lassen. Nach Intervention eines beauftragten Rechtsanwaltes wurde der Umfang der angeordneten erkennungsdienstlichen Behandlungen nun eingeschränkt auf die Fingerabdrücke und Fotos.

Gegen alle angeordneten Maßnahmen wurde eine Klage beim Verwaltungsgericht Lüneburg eingereicht. Gleichzeitig wurde im Eilverfahren der Sofortvollzug der polizeilichen Maßnahme beklagt. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hatte den Antrag in zwei Fällen zurückgewiesen, die Entscheidung über eine Beschwerde des Anwalts hierzu steht noch aus (VG Lüneburg Az 3 B 84/10) - und diese

beiden Atomkraftgegner müssen nun in der Polizeikaserne vorstellig werden.

In zwei weiteren Fällen haben die Betroffenen auf Rechtsmittel gegen die Eilentscheidung verzichtet. In allen fünf Fällen laufen die Klagen gegen die Anordnung der Maßnahme weiter. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Die BI und der Ermittlungsausschuss (EA) Wendland sehen in diesen polizeilichen Maßnahmen ein Instrument der politischen Justiz, die es ermöglicht, gegenüber politisch Aktiven Repression auszuüben, ohne dass es zu Gerichtsverfahren kommt. "Die Betroffenen werden als Straftäter stigmatisiert, deshalb lassen wir die Betroffenen nicht allein", heißt es übereinstimmend beim EA und der BI.

Die Unterstützer treffen sich am 22. Februar um 9.30 Uhr vor der Polizeikaserne Lüchow und begleiten die Atomkraftgegner zur "erkennungsdienstlichen Misshandlung", wie es der EA formuliert. Die BI: "Der 22. Februar ist der 34. Jahrestag der Standortbenennung: Ein wahrlich interessanter Zirkelschluss - das Festhalten an Gorleben provoziert Proteste, statt einer politischen Lösung kommt jetzt die Vorverurteilung der Atomkraftgegner, einschüchtern lässt sich aber nach 34 Jahren niemand."

### Stellungnahme des Ermittlungsausschusses Gorleben

Alte Vorwürfe - neue Vorladungen: Zur Einschüchterung von fünf Atomkraftgegner\_innen durch Vorladungen zur erkennungsdienstlichen Behandlung

Mindestens fünf Atomkraftgegner\_innen, darunter ein Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative, bekamen Ende September 2010 Post

von der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow. Die beinahe gleichlautenden Schreiben enthielten kurzfristige Vorladungen zu sogenannten "erkennungsdienstlichen Maßnahmen". Die fünf Betroffenen sollten sich in der ersten Oktoberwoche in der Polizeikaserne Lüchow einfinden, um Finger- und Handkantenabdrücke abzugeben sowie sich im Portrait und im Detail „zum Vermessen von Tätowierungen und anderen Körpermerkmalen wie z.B. Narben“ fotografieren lassen. Aus Protest gegen diese Maßnahme fanden sich am Montag Vormittag vor der Polizeikaserne Lüchow nicht die Betroffenen, sondern etwa 50 Atomkraftgegner\_innen ein. Sie solidarisierten sich unter dem Motto „wir sind alle rückfallgefährdet“ mit den Betroffenen.

Die Polizei ordnete zuerst den sofortigen Vollzug und damit die unmittelbare Zwangsvollstreckung dieser Maßnahme an. "Wer sich nicht freiwillig rundum vermessen lässt, wird mit Gewalt von der Polizei mitgenommen" kritisierte der EA Wendland. Erst nach Einschalten eines Rechtsanwaltes sicherte die Polizei zu, die Gerichtsurteile zu den Klagen gegen die Vorladungen abzuwarten.

Nach Intervention des beauftragten Rechtsanwaltes wurde der Umfang der angeordneten erkennungsdienstlichen Behandlungen eingeschränkt. Gegen alle angeordneten ED-Misshandlungen wurde eine Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Gleichzeitig wurde im Eilverfahren der Sofortvollzug der polizeilichen Maßnahme beklagt.

In drei Fällen hat das Verwaltungsgericht die Eilanträge zum Aussetzen des Sofortvollzuges abgelehnt, in diesen Fällen ist der Rechtsan-

walt in Beschwerde gegangen. Die Entscheidung hierzu steht noch aus. In zwei Fällen haben die Betroffenen auf Rechtsmittel gegen die Eilentscheidung verzichtet. In allen fünf Fällen laufen die Klagen gegen die Anordnung der Maßnahme weiter. Hier stehen die Entscheidungen noch aus.

Trotzdem hat die Polizeiinspektion neue Ladungen zur ED-Behandlung an einige Betroffene verschickt. Sie sollten am 25. Januar in der Polizeikaserne in Lüchow erscheinen. Dort sind sie nicht erschienen. Sie werden in den nächsten Tagen eine erneute Ladung erhalten.

Anlass der polizeilichen Schreiben waren Ermittlungen wegen „schweren Landfriedensbruchs“ am Pfingstmontag letzten Jahres. Damals am 24. Mai besuchten Atomkraftgegner\_innen den Schwarzbau in Gorleben und forderten verbal und kreativ den sofortigen Rückbau des Bergwerkes. Irgendwie waren danach einige Fensterscheiben und ein Laternenmast mit Überwachungskamera nach Betreiberangaben beschädigt. Der Betreiber des Schwarzbaus stellte Strafanzeige wegen Sachbeschädigung, nichtsdestotrotz ermittelte die Polizei auch wegen vermeintlichen Hausfriedensbruchs gegen mindestens 15 Personen. Mittlerweile sind viele dieser Ermittlungsverfahren eingestellt worden. Auch die

Ermittlungen gegen zwei der fünf von den ED-Vorladungen Betroffenen wurden eingestellt. Trotzdem hält die Polizei an der Vorladung zur ED-Behandlung auch dieser Personen fest.

Mit den Vorladungen zur Erkennungsdienstlichen Behandlung steht die „Ermittlungsgruppe Castor“ des polizeilichen Staatsschutzes Lüneburg und Lüchow nicht allein da. Anscheinend hat es in jüngster Zeit in Niedersachsen dazu schlechte Fortbildungen gegeben, jedenfalls sind uns ähnliche Vorgehensweisen auch aus Hannover und Göttingen bekannt. In Hannover war ein vermeintlicher Ladendiebstahl mit Wert von unter 5 Euro der Anlass für eine solche Vorladung. In Göttingen wird seit Wochen ein linker Jugendlicher polizeilich gesucht, weil er angeblich bei einer Demo einen Silvesterknaller geworfen haben soll und ihm auch sonstige Aktivitäten unterstellt werden. Auch hier gibt es – wie bei den Vorwürfen der Betroffenen im Wendland auch – zwar kein Urteil, aber eine verfolgungswillige Polizei und Staatsanwaltschaft. Der Paragraph 81g in der Strafprozessordnung, auf den sich all diese Vorladungen stützen, basiert auf der Unterstellung, dass die/der Betroffene sich "einer Straftat von



erheblicher Bedeutung [...] verdächtig" gemacht hat. Die Vorladung zur ED-Behandlung oder wie in Göttingen zur DNA-Entnahme ist damit eine Bestrafung ohne Urteil: Ein Verdacht reicht aus.

Wir sehen in den Ermittlungend der EG Castor und im §81g StPO ein Instrument der politischen Justiz, die es ermöglicht, gegenüber politisch Aktiven Repression auszuüben, gegen die keine handfesten Beweise vorliegen. Die Beispiele zeigen das Missbrauchspotential des §81g StPO: Er dient hier der Einschüchterung politischen Engagements. Und er zeigt, dass Polizei und Staatsanwaltschaft, bereit sind, den Paragraphen auch zur Einschüchterung zu benutzen.

ea-gorleben.de

### **Wieder Verzögerung bei der Renaissance des russischen Atomprogramms**

Gestern hat die russische Regierung beschlossen, den Bau neuer Atomreaktoren und großer Wasserkraftwerke zu verzögern, um ca. 500 Millionen US \$ einzusparen. Leider wurden bis jetzt keine Einzelheiten mitgeteilt (welche Projekte, wo und was man genau beabsichtigt).

Das deckt sich mit früheren Erklärungen der Finanzbehörden der russischen Regierung. Im März 2010 hat die russische GAO nach einer Untersuchung des Energieministeriums bestätigt, dass sich der Bau von 60 % der neuen Reaktoren - welche bis zum Jahre 2015 an das Stromnetz angeschlossen sein sollten – (für einen unbekanntenen Zeitraum) verzögern wird. Gemäß früherer Planungen (2008) sollte eine Gesamtleistung von 13 TW an neuen Reaktoren wird bis 2015 fertig gestellt sein und im letzten Jahr hat die GAO berichtet, dass nur 5,2 TW bis zum Jahre 2015 hinzukämen, aber auch das ist eine viel zu optimistische Einschätzung. Die Realität zeigt uns, dass eine Erweiterung um 2-3 TW für Rosatom schon ein Erfolg wäre.

## Februar/März und später ...

- 25.2. 19 Uhr** Offener Vorstand im „Schützenhaus“ Dannenberg, Clubraum  
**26.2. – 16 Uhr** StromweXelparty in Dbg, In den Arkaden, Marschtorstr. 48  
**12.3. 12.30 – 14 Uhr** Menschenkette, AKW Neckarwestheim nach Stuttgart, **15.30 – 17 Uhr** Abschlusskundgebung in Stuttgart, Schlossplatz, [www.anti-atom-kette.de](http://www.anti-atom-kette.de)  
**16.3. 19 Uhr** „Kernenergie, Klimawandel“ mit Prof. Jürgen Mannemann, Katholisches Gemeindehaus Lüchow  
**18.3. 19 Uhr** Offener Vorstand  
**26.3. 12 bis 17 Uhr** BBU-Mitgliederversammlung, DGB-Haus, Endenicher Straße 127, Bonn, [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de)  
**27.3. 15 Uhr** BI-Mitgliederversammlung Gasthaus Wiese, Gedelitz  
**4.4. 13 bis 16 Uhr** Veranstaltung „Rückstellungen“ und „öffentlich-rechtlicher Fonds zur Verwaltung der Rückstellungen“, Berlin, Paul-Löbe-Haus, [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
**5.-8.4.** Fachkongress „25 Jahre Tschernobyl – Bilanz medizinischer und ökologischer Schäden“ auf dem Campus Virchow Klinikum der Charité in Berlin, [www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de)  
**7.4. 16 bis 18 Uhr** Sitzung des Anti-Atomkreises in der ver.di-Rotation, [www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de](http://www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de)  
**8.-10.4.** Öffentlicher Internationaler IPPNW-Kongress „25 Jahre nach Tschernobyl – Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt!“ Berlin, Urania, [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)  
**25.4.** bundesweiter Demotag an den 12 AKW-Standorten aus Anlass 25 Jahre Tschernobyl  
**25.4.** Ostermarsch zur UAA in Gronau, [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)  
**26.4.** Tschernobyl-Jahrestag (1986)  
**26.4.** Friedensfahrt durch Europa, [www.independentwho.info](http://www.independentwho.info)  
**17.-19.5.** Jahrestagung Kerntechnik CC Berlin, [www.kerntechnik.info](http://www.kerntechnik.info)  
**24.5.** Festveranstaltung 20 Jahre Deutsche Bundesstiftung Umwelt [www.dbu.de](http://www.dbu.de)  
**2.-13.6.** Kulturelle Landpartie (KLP), [www.kulturelle-landpartie.de](http://www.kulturelle-landpartie.de)  
**24.7. – 6.8.** Tour de Natur von Hamburg nach Berlin, [www.tourdenatur.net](http://www.tourdenatur.net)

## Ich abonniere die Gorleben Rundschau will Mitglied werden ...

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)  
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)  
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

### Zutreffendes bitte ankreuzen:

Ordentliches Mitglied  Förderndes Mitglied

### Jahresbeitrag

Ermäßigt: 15 Euro  Familien: 60 Euro  Standard: 50 Euro

Anderes\*: Euro

\*(freiwillig nach Selbsteinschätzung zusätzlich zu dem entsprechenden Jahresbeitrag)

Ich /Wir habe/n die Vereinssatzung zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

BLZ: / Konto-Nr.: .....

Name: .....

Adresse .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow,  
 Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 |  
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

## Castor-Dokumentation

### "Die wilde Mischung macht's"

Zum Wochenende hin kommt die Dokumentation zum Castor 2010 in die Läden.

Wie nach jedem Transport hochaktiver Atomabfälle ins Zwischenlager Gorleben hat sich die Redaktion der Zeitschrift anti atom aktuell auch diesmal wieder bemüht, all die Facetten einzufangen, die erst in ihrer Gesamtheit wirkungsvollen Widerstand kennzeichnen. Am Ende der 92-seitigen Broschüre fasst einer der Auswertungsbeiträge das zusammen, was nach Meinung der Verfasser "aus dem Ruhrgebiet" die besondere Qualität der Aktionstage im November war. "Die wilde Mischung macht's" lautet die Überschrift, und so heißt auch das ganze Heft.

27 Fotografinnen und Fotografen haben ihre Aufnahmen zur Verfügung gestellt; aus über 9.000 Bildern musste die Redaktion auswählen.

Entstanden ist eine Fotogeschichte, die viel von Situationen und Stimmungen festhält. Ergänzt wird dies durch eine sorgfältig recherchierte Chronologie, in der die unterschiedlichsten Aktivitäten Würdigung erfahren.

Die Dokumentation kostet 6 Euro; sie ist erhältlich bei der Bürgerinitiative, in den Naturkostläden, im gut sortierten Buchhandel oder direkt bei der aaa-Redaktion.

[www.anti-atom-aktuell.de](http://www.anti-atom-aktuell.de)  
[redaktion@anti-atom-aktuell.de](mailto:redaktion@anti-atom-aktuell.de)



aaa-Dokumentation

## Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert

**Bildmaterial:** B. Ebeling

**Mitarbeit:** W. Ehmke, EA Wendland, B. Ebeling, I Schnieder, N. Tegtmeyer, B. Treutler, Dr. W. Radebold

**Versand & Termine:** L. Wente

**Auflage:** 1200

**BI Büro:** Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de), [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr